

Deutsche Bank

Vorstand für Postbank-Verkauf

Der Vorstand der Deutschen Bank hat in einer Sitzung am vergangenen Mittwoch eine Vorentscheidung für den Verkauf der Postbank getroffen. Das alternative Modell, das eine Abspaltung des kompletten Privatkundengeschäfts vorsieht, fand in dem Gremium offenbar keine ausreichende Unterstützung. Zugleich sieht das Strategiekonzept vor, dass im verbleibenden Privatkundengeschäft Filialen geschlossen und ein Teil der Auslandsaktivitäten aufgegeben wird; das Investmentbanking muss um etwa 150 Milliarden Euro schrumpfen. In der Bank sollen zudem die Kosten gesenkt werden. Bis zur Aufsichtsratsitzung am 24. April sollen alle Details geklärt sein. Die Bank erklärt, noch sei keine Entscheidung gefallen. Zugleich sorgen neue Entwicklungen in der Libor-Affäre für Diskussionen. So rückt erneut Kochef Anshu Jain in den Fokus, der damals das in die Manipulationen verwickelte Investmentbanking leitete. Die britische Finanzaufsicht FCA wirft der Führung der Bank unkooperatives Verhalten bei der Aufarbeitung des Libor-Skandals vor. In einem Brief der FCA, der ebenfalls im Vorstand erörtert wurde, heißt es, der Umgang des Instituts mit dem Thema sei inakzeptabel. Noch im April wird ein Vergleich der Deutschen Bank



mit der FCA und mehreren amerikanischen Behörden in der Libor-Affäre erwartet, er soll den Konzern 1,4 Milliarden Euro kosten. Die Bank soll bislang nur für etwa zwei Drittel des Betrages Rückstellungen gebildet haben. Angesichts des harten Vorgehens der angelsächsischen Behörden wird auch in der deutschen Finanzaufsicht BaFin der Ruf nach einer strengen Sanktionierung laut. „Es kann nicht sein, dass die Manipulation wichtiger Referenzzinsen allein in Deutschland ohne Folgen bleibt“, heißt es in Aufsichtskreisen. Sie fordern nun vor allem personelle Konsequenzen bis hin zum Vorstand. In einem Zwischenbericht zu ihren Libor-Untersuchungen hatte die BaFin bereits 2013 schwere organisatorische Mängel in der Bank ausgemacht und, wie jetzt die FCA, die schleppende Aufarbeitung der Affäre kritisiert. Die BaFin-Spitze soll jedoch gegen personelle Konsequenzen auf der höchsten Führungsebene der Bank sein. Der Abschluss-



Deutsche-Bank-Zentrale in Frankfurt am Main

bericht der BaFin wird frühestens Ende Mai erwartet. Die BaFin äußert sich dazu nicht. Auch Vertreter des Aufsichtsrats beklagen, es sei den Aktionären kaum zu vermitteln, dass Milliardenstrafen an die

Behörden gezahlt würden, ohne dass es zu personellen Konsequenzen komme. Aufsichtsratschef Paul Achleitner soll sich jedoch auch nach dem FCA-Schreiben hinter Jain gestellt haben. mhs

Kohle

Parteifreunde erhöhen Druck auf Merkel

Die nordrhein-westfälische CDU riskiert in der Energiepolitik den Machtkampf mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Bei einer Klausurtagung der CDU-Abgeordneten aus Landtag, Bundestag und Europaparlament in der kommenden Woche will die Partei einen Beschluss fassen, in dem sie die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) für eine Klimaschutzabgabe auf Kohlekraftwerke ablehnt. Bei der Tagung am Freitag suchen die NRW-CDUler zudem den Schulterchluss mit Parteifreunden aus anderen Bundesländern. Als Gast wird Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich erwartet, ebenfalls ein Gegner der Klimaabgabe. Kanzlerin

Merkel hatte im CDU-Präsidium zu erkennen gegeben, dass sie Gabriels Plänen aufgeschlossen gegenübersteht (SPIEGEL 14/2015). Die NRW-CDU ist mit Abstand der größte Landesverband der Christdemokraten und stellt im Bundestag 63 der über 300 Unionsabgeordneten. Zuletzt hatte die NRW-CDU Änderungen bei der von der CSU betriebenen Ausländer-Maut durchgesetzt. Auch der Wirtschaftsflügel der Partei verstärkt den Druck auf die Kanzlerin. Vizefraktionschef Michael Fuchs beschwerte sich bei Merkel, Gabriel habe beim erwarteten Anstieg des Strompreises mit falschen Zahlen operiert. „Gabriels Konzept ist das Ende der Braunkohle in Deutschland“, sagt Fuchs. Aus Sicht des CDU-Europaabgeordneten Herbert Reul könnte die geplante Abgabe gegen das Europarecht verstoßen. ama, gt, mp